

## Kein Platz für Rechtsextremismus, kein Sparen am falschen Ende

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist eine der zentralen und leider auch auf lange Sicht notwendigen politischen Aufgaben in einer demokratischen und sich ihrer kulturellen und moralischen Werte bewussten Gesellschaft. Die Zunahme von Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in Brandenburg bedeutet darüber hinaus auch eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Brandenburg: Wo Menschen angegriffen werden, ist ein Hoffen auf Tourismus hinfällig, Investoren wie Kooperationspartner aus dem In- und Ausland werden abgeschreckt. Insofern ist die Kürzung der ohnehin schon geringen Mittel für den Einsatz gegen Rechtsextremismus auch aus wirtschaftlichen Gründen kurzfristig und sträflich.

Wir erwarten von der Landesregierung verantwortliches Handeln. So darf z.B. das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht aufgrund von Sparzwängen in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen wie der mehrfach ausgezeichnete Verein Opferperspektive e.V. dürfen nicht dadurch gefährdet werden oder gar scheitern, dass der von Landesseite aufzubringende Kofinanzierungsanteil verweigert wird.

Prävention hat die besten Erfolgchancen. Dazu sind Zivilgesellschaft und Staat gemeinsam in der Pflicht.